

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Tobias Matthias Peterka, Dr. Malte Kaufmann, Bernd Schattner, Uwe Schulz, Adam Balten, Lukas Rehm, Stefan Henze, Andreas Mayer, Otto Strauß, Dr. Christoph Birghan, Raimond Scheirich, Tobias Teich, Wolfgang Wiehle, Hauke Finger, Reinhard Mixl, Ulrich von Zons, Stefan Keuter, Alexis L. Giersch, Edgar Naujok, Sven Wendorf, Udo Theodor Hemmelgarn, Joachim Bloch, Dr. Michael Blos, Rocco Kever, Kay-Uwe Ziegler, Jan Wenzel Schmidt, Thomas Korell, Georg Schroeter, Martina Uhr, Christian Reck, Boris Gamanov, Gerrit Huy, Mirco Hanker, Volker Scheurell, Daniel Zerbin, Dr. Christina Baum, Julian Schmidt, Iris Nieland und der Fraktion der AfD

Wirtschaftliche Folgen, Kostenbelastungen und Effektivität der geplanten Grüngas-Quote der Bundesregierung

Die Grüngasquote ist ein von der Bundesregierung geplantes Instrument, das Gasversorger künftig dazu verpflichten soll, einen wachsenden Anteil erneuerbarer oder kohlenstoffärmer Gase wie Biomethan oder Wasserstoff in ihr Angebot aufzunehmen (vgl. www.gas-h2.de/verband-gas-und-wasserstoffwirtschaft/publikationen-und-positionen/gruengasquote/).

Die von der Bundesregierung geplante Grüngasquote wirft erhebliche wirtschaftliche, soziale und energiepolitische Fragen auf. In dem Gutachten „Vom Nutzen und Nachteil einer Grüngasquote für die Transformation“, das vom Institut der deutschen Wirtschaft und dem Wuppertal Institut erstellt wurde, wird ausführlich dargestellt, dass dieses Instrument zentrale Probleme der Energiewende nicht wirksam löst (www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Gutachten/PDF/2025/Vom_Nutzen_und_Nachteil_einer_Gr%C3%BCngasquote_f%C3%BCr_die_Transformation.pdf). Das Gutachten weist darauf hin, dass die Verfügbarkeit erneuerbarer Gase wie Biomethan und klimafreundlich erzeugtem Wasserstoff begrenzt ist. Eine Quote würde daher zu deutlichen Preisseigerungen im Gasmarkt führen, ohne dass ein angemessenes Verhältnis zwischen Aufwand und tatsächlichem Klimaschutznutzen entsteht.

Eine zweite Analyse des Instituts der deutschen Wirtschaft mit dem Titel „Quantifizierung der Mehrkosten einer Grüngasquote“ kommt zu dem Ergebnis, dass private Haushalte bereits im Jahr 2030 im Durchschnitt jährlich etwa 178 Euro zusätzlich für Gas aufbringen müssten (www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Gutachten/PDF/2025/Quantifizierung_der_Mehrkosten_einer_Gr%C3%BCngasquote.pdf). Besonders betroffen wären Menschen mit geringem Einkommen sowie Mieter, die keine Möglichkeit haben, auf andere Heizformen auszuweichen. Die Belastung würde vollständig über die Gaspreise weitergegeben und damit direkt auf die Nebenkosten wirken.

Auch die Wirtschaft wäre durch die geplante Quote erheblich betroffen. Für Unternehmen, insbesondere für energieintensive Branchen, prognostizieren die

genannten Untersuchungen erhebliche Preissteigerungen. Das Institut der deutschen Wirtschaft beschreibt Szenarien, in denen die Gaspreise für Unternehmen um bis zu 28 Prozent ansteigen könnten. Der Verband der Industriellen Energie und Kraftwirtschaft weist ebenfalls auf die Gefahr hin, dass die internationale Wettbewerbsfähigkeit geschwächt werden könnte (<https://vik.de/de/media-release/vik-warnt-vor-zusätzlichen-belastungen-durch-grungasquote-wettbewerbsfähigkeit-der-industrie-muss-vorrang-haben>). Steigende Kosten könnten Investitionsentscheidungen negativ beeinflussen und Verlagerungen von Produktionsstandorten begünstigen.

Ein ergänzendes Dokument ist das Kurzdossier „Grüngasquote“ von Agora Energiewende, das die strukturellen Schwächen der geplanten Quote hervorhebt (www.agora-energiewende.de/fileadmin/Projekte/2025/2025-01_IND_Gr%C3%BCngasquote/A-EW_360_Factsheet_Gruengasquote_WEB.pdf). Dort wird betont, dass die Quote kein effizientes Steuerungsinstrument darstellt und hohe Kosten verursachen würde, ohne dass ein gesicherter Aufbau der notwendigen Infrastruktur stattfinden kann. Die Analyse verweist auf das Risiko, dass die Quote zu einem kostspieligen und zugleich wenig wirksamen Bestandteil der Energiepolitik werden könnte.

Diese Studien zeigen übereinstimmend, dass die geplante Grüngasquote erhebliche finanzielle Belastungen für Haushalte und Unternehmen erzeugt, während die Wirksamkeit des Instruments begrenzt bleibt. Die wirtschaftlichen Risiken erscheinen hoch und der zu erwartende Nutzen gering. Daher besteht ein erheblicher Bedarf an Klärung und umfassender Bewertung durch die Bundesregierung.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche konkreten Ziele verfolgt die Bundesregierung mit der Einführung einer Grüngasquote und welche Probleme sollen damit aus Sicht der Bundesregierung gelöst werden?
2. Wie hoch schätzt die Bundesregierung die jährlichen Mehrkosten für private Haushalte im Jahr 2030 und in den Folgejahren und auf welcher Datengrundlage beruhen diese Schätzungen?
3. Welche Auswirkungen auf die Gaspreise für Haushalte erwartet die Bundesregierung im Vergleich zu einem Szenario ohne Grüngasquote?
4. Welche gesamtwirtschaftlichen Zusatzkosten entstehen nach Einschätzung der Bundesregierung durch die Einführung der Grüngasquote?
5. Welche Auswirkungen auf kleine und mittlere Unternehmen erwartet die Bundesregierung und wie bewertet sie die Belastungen für die energieintensive Industrie?
6. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung darüber vor, ob Unternehmen aufgrund steigender Gaspreise Investitionen verschieben oder Produktionsentscheidungen anpassen könnten?
7. Wie bewertet die Bundesregierung das Risiko sinkender Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland im internationalen Vergleich infolge höherer Energiekosten?
8. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um einkommensschwache Haushalte vor zusätzlichen Belastungen durch steigende Gaspreise zu schützen?
9. Welche Folgen erwartet die Bundesregierung für Mietnebenkosten und wie sollen Menschen in Mietwohnungen vor steigenden Kosten geschützt werden?

10. Welche Mengen an erneuerbaren Gasen stehen nach Einschätzung der Bundesregierung bis 2030 tatsächlich nachhaltig zur Verfügung und wie wirken diese Mengen auf die Höhe der Quote?
11. Wie will die Bundesregierung sicherstellen, dass ausreichende Mengen erneuerbarer Gase zu wirtschaftlich tragfähigen Preisen beschafft werden können?
12. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um Preisverwerfungen aufgrund knapper Verfügbarkeiten zu vermeiden?
13. Welche jährlichen Einsparungen von Kohlendioxid erwartet die Bundesregierung durch die Grüngasquote und wie bewertet sie die Angemessenheit der erwarteten Einsparungen im Verhältnis zu den entstehenden Kosten?
14. Wie bewertet die Bundesregierung die Grüngasquote im Vergleich zu alternativen Instrumenten wie Investitionsförderungen, Ausschreibungsmodellen oder technologieneutralen Marktanreizen?
15. Welche zusätzlichen Verwaltungs- und Kontrollkosten entstehen durch die Einführung der Grüngasquote für Energieversorger und Behörden?
16. Welche Auswirkungen erwartet die Bundesregierung auf die langfristige Struktur und Stabilität des Gasmarktes in Deutschland?
17. Welche wirtschaftlichen Risiken sieht die Bundesregierung für Haushalte und Unternehmen, falls die Verfügbarkeit erneuerbarer Gase hinter den Erwartungen zurückbleibt?
18. Plant die Bundesregierung Ausnahmen oder Übergangsregelungen für besonders betroffene Branchen oder Haushalte, und wenn ja, welche?
19. Welche Argumente sprechen aus Sicht der Bundesregierung dafür, die Grüngasquote trotz der absehbaren Kostenbelastungen und der begrenzten Wirksamkeit einzuführen?

Berlin, den 5. Dezember 2025

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.